

Ihrer damaligen Haltung einen Vorwurf zu machen. Wo-
gegen wir uns wenden, das ist die Geschichtsklitterung, nach
der schon damals in der Frage der Sozialisierung zwischen
Unabhängigen und Mehrheitssozialisten ein merkbarer Unter-
schied bestanden hätte. Wenn die „Freiheit“ es jetzt für einen
Fehler hält, daß in jener Zeit nicht energischer vorgegangen
worden ist, so ist dieser Fehler von ihr und ihren Anhängern
in noch höherem Maße begangen worden als von uns.
Denn die Anhänger einer raschen Sozialisierung innerhalb
der Mehrheitspartei wurden natürlich sehr stark gebremst
durch die Tatsache, daß gerade die „radikale Linke“ mahnte,
diese gefährlichen Dinge nur mit großer Behutsamkeit an-
zufassen.

Gewiß aber waren jene Mahnungen von einem hohen
Verantwortungsgefühl gegenüber der Arbeiter-
klasse diktiert, und darum kann aus ihnen den Mahnern
nicht der geringste Vorwurf gemacht werden. Bedauerlich ist
nur, daß manchen von ihnen dieses Verantwortungsgefühl
seitdem ganz abhanden gekommen ist. Heute handelt es sich
doch wirklich um größere Dinge als darum, die Wasser einer
vorhandenen Stimmung auf eine bestimmte Richtungsmühle
zu leiten. Heute soll die ganze sozialistische Arbeiterbewe-
gung die Probe ihrer Reife und ihrer Aktionsfähigkeit ab-
legen, und von dem Gelingen oder Mißlingen hängt das
Wohl und Wehe von Millionen ab.

Die sofortige durchzuführende Sozialisierung oder, wie man
in Sowjet-Rußland schon sagt, die „Vollsozialisierung“
ist heute das Schlagwort von Massen geworden, die sich bis
vor einigen Monaten um den Sozialismus verdammt wenig
gekümmert haben, heute aber von seiner plötzlichen gewalt-
sam eingeführten eine entscheidende Besserung ihrer Lebens-
lage erwarten. Hier ist mehr denn je grundsätzliche sozia-
listische Aufklärung nötig, die diesen Massen sagt, daß der
Sozialismus keine Zauberformel ist, die mit einem Schlag
die Pforten des Paradieses öffnet. Unser heutiges Elend ist
nicht durch die kapitalistische Wirtschaftsordnung direkt ver-
schuldet — vor dem Kriege standen wir uns unter ihr viel
besser — sondern dadurch, daß durch vierjährige Zerstörung
und Zerschlagung der produktiven Kräfte alle Reichtümer des
Volkes verloren gegangen sind. Keine Wirtschaftsordnung
der Welt vermag diesen Schaden auf einmal wieder gut zu
machen.

Darum ist es auch nicht richtig, daß die „Vollsozialisie-
rung“ Ruhe schaffen kann. Auch in Rußland ist die Ruhe,
soweit sie vorhanden ist, nicht durch „Vollsozialisierung“
erreicht worden, sondern durch rücksichtslose Anwendung aller
Mittel der Staatsgewalt. Diese Mittel der Staatsgewalt
richten sich dort nicht nur gegen die früher herrschende Klasse,
sondern ganz besonders auch gegen die Arbeiter-
schaft, wie im „Vorwärts“ schon oft gezeigt worden ist.

Auf dem Gebiet der Sozialisierung kann ein ehrlicher
Sozialist nur das befürworten, was er augenblicklich für
praktisch hält und wozu er sich sofort reale Vorteile für die
große Masse des Volkes verspricht. Darüber müssen dann
die Meinungen auseinandergehen, und es wird sich zeigen,
daß sie bei den Unabhängigen nicht weniger verschieden sind als
bei den Mehrheitssozialisten. Aber unverantwortlich gegen-
über der Arbeiterklasse und dem Sozialismus ist es, eine rein
faktische Politik der Angst vor Massenstimmungen zu treiben.
Und ist diese Angst überhaupt berechtigt? Wie steht es mit der
Massenstimmung, wenn man nicht einzelne großstädtische
Schichten, sondern das ganze Volk in Betracht zieht, das
doch zu neun Zehnteln aus arbeitenden Menschen besteht?
Da zeigt sich, daß — leider! — vor drei Monaten mehr als
die Hälfte der Bevölkerung noch nicht einmal bereit war,
einen sozialistischen Stimmzettel in die Wahlurne zu stecken!
Kämpfe um Millionen stimmen bürgerlich, es erklärten sich
für eine Politik der methodisch fortschreitenden Sozialisie-
rung, wie sie die Sozialdemokratie vertritt, nur zwei stüm-
men für die Unabhängigen, die aber damals das Programm
der „Vollsozialisierung“ noch gar nicht entdeckt hatten.

Man mag die Radikalisierung, die in weniger als drei
Monaten eingetreten ist, noch so hoch schätzen, auf keinen Fall
sind so ungeheuerliche Verschiebungen eingetreten, daß etwa

die Mehrheit des Volkes oder auch nur der Industriearbeiter-
schaft heute links von der Sozialdemokratie stände. Gegen
eine solche Annahme legt ja auch die Zusammen-
setzung des Rätekongresses selbst ein berechtigtes
Zeugnis ab. Die Sozialdemokratie handelt daher auch takti-
sch richtig, wenn sie in den Fragen der Sozialisierung nach
ihrem besten Wissen und Gewissen vorgeht und sich nicht zu
Schritten drängen läßt, die sie für überreife und schließlich hält.

Die Sozialisierungsdebatte des Rätekongresses wird nur
dann einen gedeihlichen Verlauf nehmen, wenn sie nicht nach
agitatorischen Schlagworten, sondern nach den wirklichen
sachlichen Bedürfnissen des arbeitenden Volkes orientiert
wird.

Zweiter Rätekongress.

Dritte Sitzung vom 10. April 1919, 9 1/2 Uhr.

Vorsitzender Dauschitz: In Sachen Ledebour wurde uns
vom Untersuchungsrichter beim Landgericht Berlin I mitgeteilt,
daß er den Antrag auf Haftentlassung an den zuständigen Staats-
anwalt weitergegeben habe. Vom Landgericht I, Straf-
kammer 7 ging uns ein Schreiben zu, worin mitgeteilt wird,
daß die siebenste Strafkammer bei ihrem Bescheid vom 5. d. M. be-
stehen bleibt. Es wird anbelegentlich, die Verteidiger Ledebours
zu veranlassen, gegen den Haftentlassungsantrag abweisenden
Bescheid vom 18. d. M. das Rechtsmittel der Beschwerde ein-
zulegen. (Auf bei den Unabhängigen: Unerschämtheit!)

Dr. Rosenfeld macht darauf aufmerksam, daß sich hier immer
eine Behörde hinter der anderen verberge. Wenn es gut gehe,
werde das Kammergericht in etwa 8 Tagen, also erst nach dem
Schluß des Kongresses, seine Entscheidung fällen. Darum schlägt
er vor, eine Kommission zur Verweisung der Haftentlassung
Ledebours, wie im Fall Brandes, einzusetzen. Mit diesem Vor-
schlage erklärt sich der Kongress einverstanden.

Der (Goldaten)kommissioner erklärt den Bericht der im Fall
Brandes eingesetzten Kommission: Wir haben Kasse das
ganze Material vorgelesen und waren uns darüber einig, daß,
wenn nicht mehr belastendes Material gegen Brandes vorsteige,
die Haftentlassung sofort verfügt werden müßte.
Kasse sagte das zu und erklärte, es könne möglich sein, daß bei
den ihm zugegangenen Mitteilungen Liebertrienes war. (Hört,
hört!) Er wandte sich in unserem Beisein sofort an den Unter-
suchungsrichter und Staatsanwalt in Moskau, und wir werden
heute abend die Verfügungen bekommen. Außerdem hat das Mi-
glied unserer Kommission Nestler von Major Illja den Bescheid
bekommen, daß heute schon die Verhandlungen über Brandes aus-
genommen werden würden. Wir werden also heute den Bericht
bekommen, ob er entlassen werden wird oder nicht. Kasse
hat sich selbst dafür eingesetzt und erklärt, er wüßte, wenn das
Material nicht gar zu belastend für Brandes ist, daß er und die
anderen sofort in Freiheit gesetzt werden. Ich werde natürlich
heute abend, wenn wir den Bescheid haben, dem Kongress Mit-
teilung machen.

Rechtsbeschäftigungsminister Robert Schmidt gibt namens der
Regierung zu den Vorschlägen im Rubrikver folgende Erklärung
ab: Die Regierung hat sich wiederholt bemüht, eine Verständig-
ung mit Vertretern der Bergarbeiter herbeizuführen. Schon
am 1. April wurde für Schwerkarbeiter eine besondere Zu-
lage an Lebensmitteln zugesagt, wenn die volle verein-
barte Schicht versehen wird. Auf den Kopf der gesamten Beleg-
schaft sollte für die Woche eine Zulage von 50 Grammen Speck ge-
währt werden; sie wird erhöht, sobald die Förderung ein bestimm-
tes Normmaß erreicht oder übersteigt. Die erste Rate kommt
zur Verteilung, sobald die Vereinbarungen tatsächlich innegehalten
werden bezüglich der Förderung. Das Normmaß wird unter Zu-
ziehung von Arbeitervertretern nach dem Durchschnitt der in
den ersten 10 Monaten des vorigen Jahres geförderten Kohlen be-
stimmt. Vertreter der Bergarbeiterschaft haben zu erkennen gegeben,
daß sie mit diesen Zusicherungen unter den gegebenen Verhält-
nissen zufrieden seien. Soweit die Forderungen der Berg-
arbeiter auf rein wirtschaftlichem Gebiet liegen, ist die Reichsregie-
rung bereit, auf Verständigung hinzuwirken, und beim
Rechtsbeschäftigungsministerium finden diese Bemühungen bereitwillige
Unterstützung.

Daneben muß es die Regierung ablehnen, über allgemeine
politische Forderungen der Bergarbeiter Vereinbarungen zu treffen.
(Hört, hört! bei den Unabhängigen.) Die wirtschaftliche Lage ist
derart, daß wir kaum die Möglichkeit besitzen, unser Volk im
Lande zu ernähren. Jeder Generalstreik bringt uns dem Abgrund
näher. Ohne Kohle kein Brot! (Beifall.)

Laut Mitteilung eines Mitgliedes des Zentralrats sollen die
Kongreßteilnehmer 35 Mark feste Tagegelder neben
freier Reise erhalten, daneben auch Entschädigung für entgangenen
Lohnverdienst bis zu 27 M. pro Tag.

Kunmehr wird die Beratung des Geschäftsberichts
fortgesetzt.

Seemann-Königsberg (Soz.): Wenn sich die Landarbeiter
ebenso benehmen würden wie unsere Industriearbeiter, würde es
schlimm um das deutsche Volk, sie hätten eigentlich viel mehr
Anlaß zur Verzweiflung nach der Behandlung, die ihnen noch
heute von Landräten und Regierungspräsidenten zu-
teilt wird, und doch ist ihr Verantwortlichkeitsgefühl sehr stark. Wenn
Sie (zu den Unabhängigen) von einer Verzweiflung der Arbeiter
reden, wo war denn Ursache dazu, in Braunschw. und anderen
Orten, die unter Sportführerschaft stehen? (Lärm bei den Un-
abhängigen. Ruf: Du hast ja einen Vogel.) Wenn die Entente
mit ihren imperialistischen Gelüsten auf Festigung Deutschlands
durchdringt, dann wird das deutsche Volk einmal die Unabhängigen
versuchen. Die S. P. D. stand zu ihrem Volk, von dem sie das Un-
glück abwenden wollte. Wenn keine Kontrolle der Arbeiterräte mehr
bestünde, wo noch die alten Beamten vorhanden sind und die
Verwaltungsbehörden nicht durch demokratische Einrichtungen
ersetzt, dann sage ich ganz offen, man soll lieber die Gelber Spar-
kam. Reintrotz ist nichts gefürchtet für einen einseitigen Ausbau
des Rätebaus bezüglich der politischen Kontrolle. Der Zentral-
rat hat sich nicht mal die Mühe gegeben, das Durcheinander der
Räte in den Reichsteilen zu sichten. Ich kann mich des Eindruckes
nicht erwehren, daß der Zentralrat der politischen Kontrolltätigkeit
der Räte außerordentlich kühl gegenübersteht. In Ostpreußen ist
durch eine Verfügung vom 1. Januar, die auch Reichskommissar
Winnia billigte, festgesetzt worden, daß die Soldatenräte sich
lediglich auf militärische Angelegenheiten zu be-
schränken haben. Ich muß feststellen, daß von dem Tage an, wo die
Soldatenräte als Vertreter der militärischen Macht von den Ar-
beiterräten getrennt worden sind,

hat sich herausgehoben der Junker dattiert.
Nebner kommt dann auf die bekannten
Verhandlungen des ostpreussischen Provinzialrats mit der russischen
Sowjetregierung

zu sprechen. Die betreffenden Telegramme haben wir der Reichs-
regierung übermittelt, die erklärte, daß sie unser Vorgehen
nicht billigen könne mit Rücksicht auf die Entente. Darauf-
hin haben wir die Reichsregierung gebeten, uns wenigstens aus-
reichende Grenzschutztruppen zu schicken. Es wurde uns aber er-
klärt, daß die Reichsregierung dazu leider nicht in der Lage sei.
Wie in Ostpreußen haben die Folgen dieser Politik auszubaden, und
darum frage ich die Reichsregierung, ob ihr Standpunkt heute noch
derselbe ist wie im Januar. Wir beantragten dann selbst Ver-
bündnisse, aber nachdem wir sahen, wie sich dieser Grenzschutz ent-
wickelt hat (Hört, hört! bei den U. Soz.) haben einträchtig beide
sozialistischen Parteien die Werbungen eingestellt. Die jetzt dort an-
geworbenen Truppen folgen lediglich den Befehlen ihrer alten
Führer, die mit Orden geschmückt sind, es sind meist keine Bauern-
kinder, Grundbesitzer usw., sie haben kein politisches Motiv, ihnen ist
es gleichgültig, ob diese oder eine andere Regierung besteht. Dabei
stammen auch die Hebergriffe bei der Besetzung Königsbergs.

Das, was jetzt in Ostpreußen unter dem Grenzschutz steht, kann
nicht die Grundlage unserer Reichswehr bilden. Ihre Führer können all und jeden Gebrauch von ihnen machen
und sich unbedingt auf ihre Treue verlassen. Nachdem man in
Ostpreußen die Arbeiter- und Soldatenräte ihrer Macht allmählich
entleert hat, erhebt sich täglich frecher das Haupt
der Reaktion. (Ruf: Unerhör! Große Unruhe.) Täglich
erheben die Landräte maßlose Forderungen und suchen die
ihnen beigeordneten auf alle Weise zu schikanieren und sich ihren
Anordnungen zu entziehen.

Die Hauptsache, daß es so weit gekommen ist, trägt die
Unsictheit des Proletariats.

(Ruf: Sehr richtig!) Wenn wir nicht verzweifeln wollen, so
müssen wir die Kräfte aller Proletarier Deutschlands zusammen-
fassen (Bravo!) und ein Aktionsprogramm aufstellen, das
allen berechtigten Wünschen Rechnung trägt. Nur so wird sich eine
Einigung zum Nutzen aller Sozialisten finden lassen. (Lebhafter
Beifall.)

Darauf ergriff ein Vertreter der Reichsregierung, Direktor
Kühler, das Wort: Die Reichsregierung hielt es mit Rücksicht auf
friedlichen Verlauf der Waffenstillstandsverhandlungen nicht für
angezeigt, mit der Sowjet-Regierung zu verhandeln, um so
mehr, da sie Nachrichten erhalten hatte, daß die Volksgewaltarmeen,
die auf Ostpreußen im Anmarsch begriffen waren, aus den Ver-
bänden des Landes leben mußten und keinen geordneten Nach-
schub von Lebensmitteln hatten. Ferner war es sehr zweifelhaft,

Lebens-Symphonie.

Das törende Schwestern der gewaltigen Tonhalle erstirbt zu er-
wartungsvollem Schweigen. Der Dirigent hat das Rubium be-
zogen. Noch ein paar Handgriffe an der Partitur, dann erhebt
sich der Arm. Ein halbes Hundert angepannter Künstlerhände
hängt sich mit Herz und Augenpaaren an die Spitze des Last-
stockes. — Ein kurzes Senken des Armes und das Orchester fällt
mit brausenden Akkorden ein. —

Gibt es ein gleiches Bild, das uns in so schöner Weise deut-
lich unsere Stellung im Leben vor Augen führen könnte? —

Nur das einige Zusammenarbeiten aller Instrumente sichert
uns den Erfolg, nur in dem Zueinander-Ausgehen aller Spieler
gelangen wir zu der wunderbaren Harmonie, die unser Ohr
entzückt.

Jeder hat seinen Teil an dem ganzen Werke, der eine auf
diesem Instrument, der andere auf jenem. An der einen Stelle
führt die Violine die Melodie, an einer anderen das Cello, dann
wieder Klänge beide zusammen im gemeinsamen Fortissimo. —

Jedes Spiel, jedes Instrument ist gleich wichtig, um das Or-
chester vollständig zu machen. Die Kapelle kann die Pause so
wenig wie die Flöte entbehren. —

Und doch, oder gerade deshalb, gehorcht jeder Spieler un-
bedingt der Partitur. Er hat in diesem Augenblick seinen eigenen
Willen als den, sich dem Gemeinwillen zu fügen. Nur, wo die
Knoten es ihm befehlen, streift er die Geige, bläst er die Flöte,
schlägt er das Paukenfell. —

Und der Dirigent, ist er frei, ist er Herrscher? Nein, auch
er wirkt nur als Glied im Ganzen, als ausführende Organ eines
vom Welturteil gutgeheißenen Kunstwerkes. —

Wolte heute jeder von uns seine Lebensarbeit in solchem
Sinne auffassen, welche Freude wäre es, die Symphonie des er-
wachenden Völkerrückgangs in gewaltigen Akkorden zu die Welt
brausen lassen zu können! — K. J.

„Herbststurm.“

Aufführung im Charlottenburger Opernhaus.

An der Küste von Argos lebt Meister Noo mit seiner Mutter
Helo. Er liebt Anica, die Tochter des Seelaplanas. Der hat sie aber
heimlich und bestimmt dem reichen Amerikaner Udo ausverkauft.
Dieser vöhrige Geschäftsmann hat schon vor Jahren die Küste ein-
mal besucht und nahm Helo, wie er andere Weiber nahm, und ließ
sie von sich und vergaß sie. Jetzt er wird der Nebenbuhler Noos,
seines Sohnes. Die Weiche der Mutter spürt die Situation zu;
um der Verführung des Nordens zu entgegen, schiffte sich der Junge

mit Anica, die fast schon den Brautkranz trägt, nach Amerika ein.
Udo will sie einholen und verberben. Er stellt sich noch einmal dem
ankommenden Schiff mit seinem Kluch entgegen. Da trifft
ihn das Weil der Mutter, der Frau, die er geschändet hat. Mit
Worten des Gebets auf den Lippen bricht sie selbst tot zusammen.

Diese herrlich aufbereitete Fabel arbeitet mit den Zufällen,
die nicht das Leben, sondern nur das Theater kennt. Ein Werk,
welches aus dem Handgelenkswerk einer verstaubten Kunst-Technik
abgeht. Handlung springt auf und ab, wie in wässrigen Schmier-
schichten, Spannung rüst Nerven und Hirn. Ohne Skrupel werden die
Reinheit in diese Mechanik eingeschraubt: Figuren, Symbole,
Weisheiten. Nur die Mutter ragt gläubig empor, ihre Leidens-
schmerz und ihr Weiden tragen den Stempel des wahrhaft Erlebten,
der blutigen Mutter und des strahlenden Opfers. Herbststurm.

Das fiebernde Gemühte im Herzen einer Mutter, der Ausbruch
jener Urkata von Liebe zu Hohn, grenzenlos nach beiden Seiten hin,
brachte auch die Feder des Romantikers Franz Reumann in die
rechte Bewegung. Es spricht für ihn als Mensch und Musiker, daß
ihm die große poetische Note überzeugungsförderer gelungen ist
als alle Keinen Noten des Hebräer, Jagers, Anzugerens und der
Ventralität. Mutterliebe, Frauenhahn — das Aufbauende und das
Niederreichende dieser Affekte umhüllt er in ein brausendes Meer
der Empfindung, mit fadenfaden gestimmtem Orchester. Die Er-
findung ist auch hier nicht sehr hoch, sie verflocht aber ganz im
Werkstoff, in der Keinen Nummer, ohne die auch der leitmotivische
Kunstreiter nicht auskommt. Eine gut klingende Unpersönlichkeit
des Ausdrucks bestreut und wird durch Kraftausdrücke kaum ver-
deckt. Erst im 3. und 4. Akt blühen eigenartige Vöcher auf, und
die Dämone des Geschehens deckt sich mit dem Klang und Song
der Musik. Eine technisch hochwertige Arbeit des Frankfurter An-
paukerers, der mit den Instrumenten Bescheid weiß. Eine Kräf-
te, die einen spezifisch dramatischen Wurf hat. Nur das Dritte
fehlt: die Eingebung. Der mittelmäßigen Bühnenrolle ließ Frau
Vetter-Purkhard ihre wunderbare herrliche Geige und das Pathos
ihrer großen Stimmkraft. Eine Profillierung. Auch Derttha Stol-
genberg lang gut, wirkte nur darstellerisch matt. Reich in Spiel
und Gebärde, festhaft im Singen vor Genter als Ido. Hansen
unterließ die Figur des Amerikaners und vollendete die vorge-
schriebenen Liebertreibungen bis zur Paroxysm. Spiel und Stimme
hatten Ausdruck. Scheidt und Schwann fügten sich sehr gut in den
Kaufmannschen Rahmen, und Krasselt ritz das Orchester in prächt-
liche Höhen. Der Publikumerfolg war einseitig.

Kurz: Singet.

Die älteste Schlacht der Welt.

Wird die älteste Schlacht der Welt erwähnt, so sind es wohl
Ereignisse der ägyptischen oder assyrischen oder allenfalls der chine-
sischen Geschichte, an die wir zunächst denken. In Wirklichkeit
müssen wir um Jahrtausende zurückgehen, um die erste Schlacht zu
ermitteln, von der die Geschichte des Menschheitsalters zu er-
zählen weiß. In einem Aufsatz der Wochenschrift „Ueber Land und
Meer“ weist A. Wefenmüller darauf hin, daß wir uns die gruben-

artige Höhle bei Kratina in Kroatien als den Schauplatz dieser
ältesten Schlacht denken dürfen. Ueber die dortigen Funde hat
Professor Stromberger in den Jahren 1901/1906 berichtet. Die Höhle
war mit eisernen Sanden erfüllt und darunter lag eine große
Anzahl zum Teil arg verformter menschlicher Skelettknochen.
Es befanden sich darunter abweichende gefälliger aussehende Stücke,
die der Entdecker jüngeren Personen zuschreiben wollte. Die über-
wiegende Anzahl der Knochen gehörte älteren Personen, und zwar
grauweissen solchen der Neanderthalrace an, die sich also hier gruppen-
weise zusammenfanden.

Durch die weiteren Fortschritte der vorgehenden Forschung
wurde jedoch dies Bild verärrert, indem man den Sonderart der
Höhle von Kratina nicht mehr als jugendliche Krigenossen der
Neanderthalrace auffassen konnte, sondern darin Vertreter der
höheren Aurignacrace erkannte. Nach neueren Anschauungen sind
die Neanderthaler von Afrika, die Aurignacern von Asien nach
Europa gekommen. Die letzteren betrieben besonders die Jagd auf
Wildpferde im großen. Der Neanderthaler ahmte sie darin nach,
war aber im Betriebe dieser Jagd weit ungeschickter als der Aurignac-
america. Es ist natürlich, daß diese beiden Jägerstämme zusam-
mentrafen, daß Streit und Reibungen zwischen ihnen entstanden und
sie sich einander ins Gebirge kamen. So ist es sicherlich zu erklären,
wieso unter ihnen gekommen, und es mögen ihrer viele Kämpfe
haben. Die einzige aber, die wissenschaftlich bisher gebucht werden
kann, ist die, die bei Kratina stattgefunden hat und die somit zur-
erst Anspruch auf die Bezeichnung als älteste Schlacht der Weltge-
schichte hat. Die Knochen sind erschlagen, um sie des Marks zu
berauben; der Sieger in der Schlacht von Kratina hat also die Pe-
siegten zum Schlusse verpeist.

Notizen.

— Ein Gesundheitsministerium wurde in einer
Sitzung der Berliner Medizinischen Gesellschaft für Preußen ge-
fordert. Für das Reich hält die Versteifung die Bildung eines be-
sonderen Unterstaatssekretariats für das Reichsgesundheitswesen
(im Reichsamt des Innern) für erforderlich. Beide Stellen müßten
mit Kergien besetzt werden.

— Eine pädagogische Oherwoche findet vom 10. bis
16. April im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht statt. Sie
bringt 17 Vorträge und Einzelvorträge über pädagogische und
neueren Philologie. Namhafte Hochschullehrer aus Berlin und dem
Reich sind als Vortragende gewonnen. Rühre Auskunft bei der
Geschäftsstelle, Berlin W 35 Potsdamer Str. 120.

— Land und Leute von Siedlitz. Die wachsende
Teilnahme an dem Gebiet des südbaltischen und schönsten deutschen
Alpengebietes hat zur Abfassung eines Bundes Veranlassung ge-
geben, das in gemeinverständlicher Form die politischen, geschicht-
lichen, volkswirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse des Landes
unter Vorlegung seines einseitigen und alten deutschen Wesens
schildern will. Das Buch, das nur 3 Kronen kosten wird, soll in
50 000 Exemplaren verbreitet werden.

als diese Armeen der von der Moskauer Regierung ausgehenden Parole folgen müssen. Der Beschwörer, daß wir nach Ostpreußen nicht genügend Grenzschutztruppen gesandt hätten, müssen wir entgegenhalten, daß es gerade die Unabhängigen waren, die, um ein Beispiel anzuführen, in Braunschw. und anderen Städten die Werbung unterbanden. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß sie es

auf keinen Fall zu Feindseligkeiten gegen die Sowjet-Truppen

kommen lassen will. Sie legt den dringenden Wunsch, so bald wie möglich Truppen aus dem besetzten Gebiet zurückzuziehen und die russischen Gefangenen in ihre Heimat zurückzuführen. (Zuruf: Warum hat sie es nicht schon früher getan?) Die Entente hat ausdrücklich in ihren Notizen ein Zurückziehen der russischen Gefangenen verboten, da sie fürchtet, daß dadurch nur die Bolschewistenarmee verstärkt werden. Wir wollen mit der russischen Regierung in Freundschaft leben, nur müssen wir verlangen, daß sie sich nicht in unsere inneren Verhältnisse einmischt. (Zuruf: Aber wir können es tun!) Wegen die Angriffe des Genossen Seemann bezüglich der Uebergänge von Regierungstruppen in Königsberg, mag ja manches daran wahr sein, aber ebenso wahr ist es auch, daß große Mengen von jungen Deutschen durch Kommunisten und Unabhängige verhehrt, angingen, Löden zu plündern. (Große Unruhe.) Der Generalstreik ist nicht, wie behauptet wird, auf die Erbitterung der Berliner Arbeiter zurückzuführen, sondern auf die durch Flugblätter und andere Mittel systematisch betriebene Agitation der Spartakusleute und Kommunisten. Typisch dafür ist, wie der Streik zum Ausbruch kam. Die Kollektivsammlung der Arbeiterräte nahm das Recht für sich in Anspruch, den Streik allein zu beschließen, erst nachher fanden Abstimmungen statt, die unter dem schon erlassenen Beschluß des Generalstreiks natürlich einen ganz anderen Ausgang fanden. So konnten ja auch z. B. die Buchdrucker nur zum Streik gezwungen werden durch die Drohung der Stilllegung der Gas- und Elektrizitätswerke. Aber die "Freiheit" sollte weiter erscheinen. (Lachen rechts und Widerspruch links Lebhafteste Unruhe.) Wegen sie sich doch nicht so auf, denn Sie, die Unabhängigen, haben ja erst durch Ihre Faktion den Antrag gestellt, die Gas- und Elektrizitätswerke zu unterbinden. Ihre Schuld ist es gewiß nicht gewesen, wenn der Streik so schnell zusammenbrach. (Zuruf: Das wissen Sie wohl durch Spitzel?)

Am Montag, ehe der Generalstreik beschlossen wurde und ehe noch Regierungsfeldaten in Berlin waren, wurden schon am Alexanderplatz Geschäfte geplündert und im Vorhof der Stadt Polizeidirektion gestürmt. Damit die Stadt nicht vollkommen in die Hände der Plünderer fiel, ließ der Reichswehrminister die Truppen einmarschieren.

(Große Unruhe links) Ja, Sie (z. B. die Unabhängigen gewandt) werden immer über die Taten des Nobis den Mantel der Nächstenliebe. Die Unabhängigen haben nichts getan, um den Generalstreik zu unterbinden, sondern sie haben ihn geschürt und künstlich hervorgerufen. Die Schuld daran fällt also allein Ihnen zu. (Lebhaftester Beifall rechts.)

Nationalversammlung zu Weimar

Weimar 10. April.
Am Regierungstisch: Scheidemann, v. Drodorf, Wenzel, Landsberg, Ergberger usw.
Die erste Sitzung des Tages wird fortgesetzt.

Präsident des Reichsministeriums Scheidemann:
Das wichtigste außenpolitische Ereignis seit der Unterzeichnung dieses Hauses war der Abschluß der Verhandlungen über den geplanten Durchzug der polnischen Armee durch Danzig. Diese Verhandlungen haben uns zwar nicht völlig von der Last von Bestimmungen befreit können, die unter anderen Voraussetzungen in den ersten Waffenstillstandsvertrag aufgenommen worden waren, aber praktisch ist es gelungen, unsere Gegner von einem Plane abzubringen, der eine deutsche Provinz schwer gefährdet hätte. Die Verhandlungen haben aber gleichzeitig die willkommene Gelegenheit gegeben, allen Verleumdungen gegenüber die Richtlinien hervortreten zu lassen, nach denen die Reichsregierung die auswärtige Politik der deutschen Republik zu führen gedenkt. Vor allem ist die Regierung fest entschlossen, alle einmal übernommenen Verpflichtungen ihrem Sinne und Geiste nach streng zu erfüllen. Die Treue zum Vertrag soll das Kennzeichen des neuen Deutschland sein. Daneben steht die Treue zu uns selbst. Ihr Gebot zwingt uns zur unerschütterlichen Wahrung derjenigen deutschen Lebensinteressen, ohne die weder ein nationales, noch ein staatliches Dasein möglich ist. Jede Verpflichtung, die dagegen verstößt, wäre für uns unerfüllbar. (Sehr richtig und Zustimmung.) Es ist daher ein Gebot der Ehrlichkeit, wenn wir nur solche Verpflichtungen übernehmen, die mit unseren Lebensinteressen in Einklang gebracht werden können. Und dreites die Treue gegen die Allgemeinheit, das heißt die Vermeidung eines

Geistes rätselhafter Verführung
allen Völkern gegenüber. Diese drei Grundprinzipien müssen die gemeinsame Zukunft sein. Sie sind stets und allwärts vereinbar, wo nicht Imperialismus und Chauvinismus den Ausschlag geben. An uns darf es nicht fehlen, denn es gilt, diesen zwei Gegegnungen der Völkerverständigung jede Möglichkeit zu nehmen, unsere auswärtige Politik nach irgendeiner Richtung hin zu beeinflussen. Da gibt es keinen Winkelzug und keine Hinterhältigkeit. Wir wollen eine gleichmäßige Annäherung an alle Völker, eine ernste Zerteilung der Welt in Bündnisse und Gruppen, die ja doch im gefährlichen Augenblick losgehen wird ungeschwerde Genesene. Wir hoffen, daß die Glorifizierung des Krieges nach dem Osten bald eine vollständige sein wird. Wir können uns von Rußland nicht die Bekämpfung unserer inneren Verhältnisse aufzwingen lassen. (Sehr richtig und Zustimmung.) Aber wenn es auf die gewalttätige Propaganda des Bolschewismus verzichtet, wollen wir gern dem russischen Volk die Bruderhand reichen, das ebenso wie wir die falsche Redensart des bolschewistischen Imperialismus mit Niederlage, Zusammenbruch und schmerzlicher Not hat bezahlen müssen. Der mühsame, bitterste Weg zu einer neuen wirtschaftlichen und staatlichen Konsolidierung ist uns beiden gemeinsam. Wir sind in diesem aufeinander angewiesen. Ich hoffe, daß wir uns zueinander zu finden wissen. (Beifall.) Nach Weiden, Frankreich gegenüber, kann es für unsere Willen zur Verständlichkeit keine Unklarheit geben. Wir kennen die ihm gegenüber übernommenen Verpflichtungen. Wenn wir in bezug auf

Eisen-Eströgen
auf eine Volksabstimmung drängen, so tun wir es nicht in der stillen Hoffnung, einen Punkt des Wilson-Programms zu erschöpfen, sondern um für alle Zukunft Bedenken oder neue Forderungen wegen Vergewaltigung aus dem Wege zu räumen. (Beifall.) Wir leiden schwerer unter der noch immer andauernden Zurückhaltung unserer Brüder und Schwestern in Kriegsgefangenschaft. (Beifall.) Wir empfinden es bitter, daß es gerade französische Vorkriegsbesitzer in den besetzten deutschen Gebieten sind, die dort Abtrennungsgelüste zu wecken suchen; aber wir hoffen auch hier auf den Sieg eines neuen Brudergeistes, der die Menschheit von solchen Schlägen der Völkerverwundung zu befreien wissen wird. (Beifall.)

Wir müssen, daß die künftige Stärke eines jeden Volkes nicht in der erhöhten Möglichkeit beruhen wird, anderen Völkern Gewalt anzutun, sondern in der Anziehungskraft seiner bürgerlichen Freiheit und sozialen Gerechtigkeit. (Beifall.) Die dieser Glaube Gemeingut aller Staatsbürger geworden ist, wollen wir doppelt über die Unversichertheit unseres nationalen Staatswesens wachen, weil sonst neue Kämpfe um diese Unversichertheit kommen würden. Ob wir wollen oder nicht, jedes Unrecht ist

nach ihm. In irgendeiner Zeit beginnt dieser nicht zu unterdrückende Prozeß vor der Weltgeschichte. Wir wünschen dem ganzen Völkern, daß der kommende Friede möglichst wenig Spielraum läßt für solche künftigen Auseinandersetzungen. Deutschland muß in der Bitternis seiner Niederlage wenigstens den Trost haben, einen Sieg errungen zu haben, den Sieg über der Militarismus. (Beifall.) Werden wir aber, Volkerverwundung und Regierung, in der Lage sein, dieses unseren Willen zur Völkerverwundung zur Geltung zu bringen?
Bei Schluß des Berichtes spricht der Redner fort.

Industrie und Handel.

Börse.

Infolge des Bankbeamtenstreiks und des Mangels an Aufträgen seitens der Großbanken hielt sich das Geschäft an der Börse heute in engen Grenzen. Die Tendenz war nicht einheitlich. Gefragt waren besonders Auslandsaktien und davon wieder Petroleumwerte sowie auch Kolonialwerte. Am Schiffahrtsmarkt zogen Hamburg-Südamerika und Ostasien an, während die übrigen Werte leichte Kursrückgänge aufwiesen. Am Kontinentalmarkt war der Verkehr gering. Von Rückgangswerten waren Köln-Rottweiler 3 Proz. höher. Im weiteren Verlauf trat eine Abschwächung ein, wobei Auslands- und Schiffahrtswerte Kursrückgänge erlitten. Der Markt befestigte sich jedoch wieder. Kriegsanleihen notierten 88 1/2 Proz., ein wenig unter dem gestrigen Schlusskurs.

Gewerkschaftsbewegung

Zum Streik der Bankbeamten.

Das Abstimmungsergebnis der Angestellten der Deutschen Bank ist gegen die Streikparole ausgefallen. Eine geringe Majorität hat sich dadurch ergeben, daß Profuristen und Direktoren einmal mitgestimmt haben, dann aber außerdem eine derartige Wahlbeeinflussung getrieben haben, daß das Abstimmungsergebnis für die Beamenschaft nach keiner Richtung hin maßgebend sein kann. Eine hiesige besetzte Vertrauensmännerversammlung der Beamten der Deutschen Bank hat dabei einstimmig beschlossen, der Streikparole des Allgemeinen Verbandes Folge zu leisten. Die Versammelten haben sich ehrenwörtlich verpflichtet, keine Streikförderarbeit zu leisten und den Allgemeinen Verband bei der Durchführung der Aktion bei der Deutschen Bank mit aller Energie zu unterstützen.

Ausführungen vor der Deutschen Bank. Eine Lokalkorrespondenz berichtet: Vor dem Hauptgebäude der Deutschen Bank kam es heute früh zu Ausführungen, da die Streikposten die Arbeitswilligen mit Gewalt an dem Betreten des Gebäudes zu verhindern suchten. Man versuchte, die Streikenden zuerst mit Feuersprühen auseinanderzutreiben. Als auch dieses Mittel nicht fruchtete, wurden Truppen hinzugerufen, welche die Deutsche Bank besetzten und absperren.

Folgendes wird darüber noch berichtet: Heute morgen waren vor dem Hauptgebäude der Deutschen Bank in der Pauerstraße zahlreiche Streikposten aufgestellt worden, welche die Arbeitswilligen am Betreten der Bank zu verhindern suchten. Da die Streikposten anfangs in der Windkapsel waren, sammelten sich schließlich einige Hundert Arbeitswillige an, denen es gelang, in das Bankgebäude hineinzukommen. Die Streikposten hatten inzwischen jedoch Verstärkung bekommen, und so suchte man die Angestellten, welche die Arbeit aufnehmen wollten, anfänglich durch gütliches Zureden, später allerdings teilweise durch Gewalt zu verhindern, den Streikbeschluss zu durchbrechen. Es kam dabei zu heftigen Auseinandersetzungen, die immer erregter wurden. Schließlich erkrankte eine Frau zwischen Streikenden und Arbeitswilligen. Einige Angestellte, die sich in der Bank befanden, versuchten ihren Kollegen zu Hilfe zu kommen und spritzten mit den Schläuchen der im Gebäude angebrachten Ehdrahten aus dem Fenster in die erregte Menge. Hierdurch wurde der Lärm nur noch größer. Die Bankleitung rief schließlich die Brigade Reinhard an, welche eine Kompanie auf Lastwagen nach der Pauerstraße sandte und die Straßen absperren sowie das Bankgebäude besetzte. — Die Direktion der Deutschen Bank teilte infolge der Vorkommnisse eine Bekanntmachung, daß die arbeitswilligen Angestellten des Hauptgebäudes und der Depositionskassen so lange dem Dienst fernbleiben sollen, bis sie Nachricht von der Direktion erhalten.

Protestversammlung der Angestellten der Deutschen Bank.

Am Anschlag an die Waggelze vor der Hauptgeschäftsstelle der Deutschen Bank versammelten sich die Angestellten der Deutschen Bank in den Germania-Gärten in der Chausseestraße, um infolge der neuen Lage, die von den Angestellten als Kampfanfrage seitens der Bank betrachtet wird, den Streik bei der Deutschen Bank zu proklamieren. Ems und Gure vom Deutschen Bankbeamtenverein und vom Verband der Bankangestellten referierten über die allgemeine Lage. Die Redner gaben einen Situationsbericht und teilten mit, daß mit Ausnahme der Deutschen Bank fast sämtliche Berliner Großbanken in den Streik eingetreten seien. Unter den Angestellten herrschte volle Einmütigkeit darüber, daß der Kampf erst dann beendet sein könne, wenn die berechtigten Forderungen der Bankbeamten erfüllt seien. Man müsse jetzt neue Wege der Wirtschaft suchen. Es gehe nicht an, daß die Angestellten sich auch weiterhin geknechtet werde. Die Demokratie müsse auch in den so konservativen Banken ihren Eingang finden. Die Angestellten beanspruchten nicht, daß sie lediglich Kontrollorgane der Bankleitungen sein sollen. Die Banken sollen nicht etwa Schwabhubden werden, und man dürfe nicht etwa glauben, daß vor jeder finanziellen Aktion die Angestellten zu konsultieren müssen, um zu beraten, ob die Leitung hierzu berechtigt sei oder nicht. Eins aber müsse unbedingt betont werden: Der Streik dürfe nicht politischen Charakter annehmen. Die Bankbeamten seien lediglich aus wirtschaftlichen Gründen in den Ausstand getreten, und auf dieser Basis wollen sie den Kampf durchführen. Es sprachen dann weiter Vertreter der Mitteldeutschen Kreditbank und der Disconto-Gesellschaft. Es erfolgte schließlich eine Abstimmung der im Saal befindlichen Beamten der Deutschen Bank, welche eine überwiegende Majorität für den Streik ergab.

Verhandlungen im Reichsarbeitsamt.

Die bereits gestern vormittag angebahnten Verhandlungen im Reichsarbeitsamt wurden heute vormittag fortgesetzt. Der Kreis der Teilnehmer ist heute wesentlich größer als gestern. An den heutigen Verhandlungen nehmen teil: der Deutsche Bankbeamtenverein, der Allgemeine Verband der deutschen Bankbeamten, die Obleute aus den verschiedenen Vertrieben und Vertreter des Verbandes Berliner Bankleistungen. In der Hauptsache betreffen die Verhandlungen die schon mehrfach hervorgerufene reichsarbeitsamtliche Regelung der Arbeitsverhältnisse aller Bankangestellten.

Streik bei der Dresdner Bank.

Heute vormittag fand eine Versammlung der Angestellten der Dresdner Bank im Berliner Lehrervereinshaus statt. Nach verschiedenen Referaten der Vertriebs- und Angestelltenräte wurde der Streik von den Angestellten der Dresdner Bank mit allen gegen 60 Stimmen beschlossen.

Konflikte im Gastwirtsgebetriebe.

Der durch den Schiedsspruch des Einigungsamtes am 3. Januar d. J. zustande gekommene Tarifvertrag für das Berliner Gastwirtsgebetriebe brachte die Ablösung der Trinklohn durch Einführung fester Löhne zunächst für die Wein- und Kaffeehäuser, während die Ablösung in den Bierlokalen, Saal- und Gartenwirtschaften spätestens am 1. September d. J. erfolgen sollte. Es kann

aber nach dem Schiedsspruch auch in diesen Betrieben die Ablösung schon vor dem 1. September erfolgen, falls eine dahingehende Verständigung zwischen den beiderseitigen Organisationen zustande kommt. — Die Kaffeehausbesitzer haben bekanntlich den Tarif zum 1. Mai gekündigt. Kürzlich haben auch die Bierwirte durch den Vorsitzenden ihrer Organisation die Kündigung eingeleitet, so daß für diesen Teil des Gastwirtsgebetriebe der Tarif am 1. Juli abläuft. Den Umständen nach kann man annehmen, daß die Gastwirte im allgemeinen von vornherein keine Freunde der Trinklohnablösung durch feste Löhne waren und daß sie sich bei der ersten besten Gelegenheit wieder von dem Tarifvertrage befreien und den alten Zustand wieder einführen wollten, wo die Gastwirtsgebetriebe lediglich auf den Trinklohnbesitz angewiesen sind.

Dieser Zustand tritt für die Wein- und Kaffeehäuser infolge der Tarifkündigung am 1. Mai ein. In allen übrigen Wirtschaften war er bis jetzt überhaupt noch nicht beseitigt. Die Gastwirtsgebetriebe waren bemüht, die Trinklohnablösung in den Wirtschaften schon vor dem 1. September zu erlangen. Auf Grund der betreffenden Bestimmung des Tarifvertrages beantragten sie die Ablösung für 100 Wirtschaften zum 1. April. Aber das Schiedsgericht sprach ihnen die Ablösung nur für 14 Betriebe zu, wozu die Gastwirtsgebetriebe verzichteten. Sie reichten dann eine Liste mit 80 Betrieben ein, für die sie die Ablösung zum 1. Mai beantragten. Das Schiedsgericht bewilligte die Ablösung für 60 Wirtschaften und lehnte sie für eine Anzahl größerer Gartenwirtschaften ab. Nach der Ansicht der Unternehmer soll die Trinklohnablösung auch für die Zukunft bestehen bleiben, da sie ja unmittelbar nach der Verkündung des Schiedsspruches für die 60 Lokale den ganzen Tarif gekündigt haben.

Mit dieser Angelegenheit beschäftigten sich in der Nacht zum Donnerstag drei sehr stark besetzte Versammlungen der Gastwirtsangestellten, welche der Gastwirtsgebetriebeverband, der Deutsche Kellnerbund und der Genjer Verband gemeinsam veranstaltet hatten. In allen Versammlungen wurde einstimmig eine Resolution angenommen, deren wesentliche Punkte lauten:

Wenn durch die Kündigung des Tarifvertrages das Ziel verfolgt wird, die festen Löhne und den Achtstundentag zu beseitigen und an deren Stelle Trinklohnbesitz und doppelte Arbeitszeit einzuführen, so weisen die Versammelten dies auf das entschiedenste zurück. Nicht rückwärts, sondern vorwärts muß die Entwicklung gehen. Die Unterstellung von 60 Bierlokalsautons ausschließlich der Bahnhofs- und Gartenwirtschaften, ferner und der großen Treptower Wirtschaften unter den Tarif muß als vollkommen ungenügend bezeichnet werden. Die Versammelten verlangen sofortige reifliche Beseitigung des Trinklohnbesitzes und Einführung fester Wochenlöhne für alle Angestellten der gastwirtschaftlichen Betriebe Groß-Berlins. Ferner wird verlangt strikte Durchführung des Achtstundentags und des höchstzulässigen Ruhebetages sowie die Vermeidung des städtischen paritätischen Arbeitsnachweises. — Mit der Durchführung dieser Forderungen wird die Arbeitsgemeinschaft der Angestelltenverbände für das Gastwirtsgebetriebe betraut.

Groß-Berlin

E. P. D.-Arbeiterräte und Kommunale Arbeiterräte

Freitag, den 11. April, nachmittags 8 Uhr, in der Schulaula Weinmeisterstr. 15

gemeinsame Sitzung.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Ausweis: Reklamationskarte und Organisationsausweis.

Da nur knappe Zeit zur Verfügung steht, wird um pünktliches Erscheinen gebeten.

Der Fraktionsvorstand. Haase.

Von einem Straßenschwärmer überfahren und gestolpert wurde gestern vor dem Hause Brunnenstraße 78 ein unbekanntes Mädchen von etwa 24 Jahren. Die Leiche wurde nach dem Schanzenpark gebracht. Die Verunglückte trug ein schwarzes Seidenkleid, einen schwarzen Mieder mit aufgesetzten Taschen und einen schwarzen, halbrunden Pelzrock. Im Oberleiste hat sie eine Goldplombe.

Ein Arbeiter in der Wohnung gelegen hat die 49 Jahre alte Arbeiterin Emma Weyer, die in der Thierstraße 20 im vierten Stock des Vorderhauses für sich allein wohnte. Sie wurde vor dem Morgenröten zum letztenmal gesehen; es kümmerte sich aber niemand um sie, weil sie sehr zurückgezogen lebte. Als man sie gestern endlich noch ihr umsch, fand man sie tot auf. Die Leiche war schon stark verwest. Die Todesursache konnte noch nicht festgestellt werden.

Um das Schicksal Deutschböhmens. Heute abend sprechen im Saal „Zum Schluß“, Pflanzende 22/31, die Genossen Seliger, Landeshauptmann-Stellvertreter, und Abg. Schäfer über die deutschböhmische Frage. Die Bevölkerung Berlins tritt für das volle Selbstbestimmungsrecht unserer Landsleute in Deutschböhmen ein, und es ist zu erwarten, daß diese Tatsache auch im Verlauf der Versammlung ihren Ausdruck finden wird.

Kein Streik in der Knorrstraße. Zu unserer gestrigen Notiz über die Abperrmahrenen wird uns von Parteigenossen, die bei der Knorrstraße beschäftigt sind, mitgeteilt, daß dort kein Streik ausgebrochen sei, sondern die Arbeiter infolge des Beamtenstreiks ausgesperrt sind.

Erwerbslosenfürsorge Groß-Berlin. Die Vorträge der Vortragsreihe Dr. Pöhl, Dr. Spehmann im Seelen-Heim, Nützenberg, beginnen samstags um 7 Uhr. Alle anderen Vorträge in diesem Institut um 6 Uhr nachmittags.

Die Lichtspiele Neue Philharmonie, Spandauer Str. 96/97, bringen vom 11. den großen Film „Die von Gottes Gnade“.

Arbeiter-Abfahrts- und „Solidarität“ (Wetgruppe Berlin) II. Abt.: Tour für Sonntag, den 13. April, mittags 12 Uhr, nach Ullensh. Start: Fontanepromenade, Ecke Hühnerstraße. Nächste Sitzung: Karfreitag, 7 Uhr abends. Gäste willkommen.

Oranienburg. Stadtverordnetenversammlung. Zum Vorsitzender wurde der Demokrat Guder mit 18 Stimmen gewählt. Da 19 weitere Stimmabgaben waren, so haben auch von den bürgerlichen Parteien nicht alle Mitglieder für diese Kandidatur gestimmt. Dennoch nahm der Gewählte das Amt an. Der Antrag der Unabhängigen auf Rücktritt der unbefehlten Stadträte wurde mit 17 gegen 10 Stimmen angenommen. Die Stadträte sind aber nicht geneigt, ihre Ämter zur Verfügung zu stellen. Beim Hauskassierplan. Gehalt des Bürgermeisters, brachte Schoof (H. Sog.) eine Menge Anträge gegen den reaktionären Bürgermeister Dr. Deinn vor. Selbst unter den Demokraten fanden sich Gegner des Stadthauptes. Als Steuerzufälle wurden bewilligt 250 Proz. Einkommensteuer, 200 Proz. De. besitzer und 8 Hgw. 8 u. T. Grundwertsteuer. Genehmigt wurde ein Erbschaft für die hauswirtschaftliche Pflichtfortbildungsschule für Mädchen.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Bläuerfelde. Bis 12. April auf Nr. 4 der Lebensmittelkarte 260 Gr. Ratmelade (30 Pf.).
Bankw. 250 Gramm Eshlitzmehl (1-3). Anweisung für die neuen Fleischkarten, vorgezeichnet am 12. April 8-10 und 12-2 Uhr, Pannag und Pannag, 8-7 Uhr. — Die Kunden der Firma Speckhoff erhalten auf 1/2 Literkarten bis zum 12. d. M. Kondensmilch.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Erstlich. In der letzten Hauptversammlung wurde der Vorstand neu gewählt und zum 1. Vorsitzenden Louis Leimbach, zum 2. Paul Seitzel, zum 1. Kassierer Reinhold Schmitz, zum 2. Max Hock, zum 1. Schriftführer Oskar Dieckhoff, zum 2. Güde Drowald. Beisitzer sind: Gustav Kammann, Ernst Mohr, Felix Reag, Arnold Drowald, Wilhelm Schmidt, Emma Wiede und Karl Weigand.

